

Streit um Skelettfunde

Bremen: Initiative kritisiert »abgewürgte« Diskussion in Stadtparlament zu »Russenfriedhof«

Von Jörg Werner



Sina Schuldt/dpa

Archäologen untersuchen Gelände, das im Zweiten Weltkrieg als Massengrab für gefangene sowjetische Soldaten diente (Bremen, 1.11.2021)

Wird die von lokalen Initiativen geforderte Kriegsgräberstätte in Bremen-Oslebshausen doch nicht dem Weltkonzern Alstom geopfert? Das ist wohl unumgänglich angesichts immer neuer Skelette sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der Nazizeit, die auf dem sogenannten [Russenfriedhof](#) in der Hansestadt gefunden werden. Trotzdem ist im Beirat Gröpelingen, einem der Bremer Stadtparlamente, vergangene Woche weiter gemauert und über die Zahl der Funde diskutiert worden.

Dabei schien die Sache im Grunde geklärt zu sein: Es sei »mit den Schutzbestimmungen der Genfer Abkommen samt Zusatzprotokollen absolut unvereinbar, auf dem Oslebshausener Areal eine Bahnwerkstatt einzurichten«, urteilte der Völkerrechtler Thilo Marauhn von der Uni Gießen in einem Papier, das er auf Bitte des Bremer Friedensforums und der Bürgerinitiative »Oslebshausen und Umzu« erstellt hatte. Zu denselben Ergebnissen kam ein ebenfalls in Auftrag gegebenes Kurzgutachten von Robert Heinsch von der Universität Leiden.

Auf ihrer Sitzung am 21. September zeigten die Mitglieder des Ortsbeirates, dass ihnen diese Feststellung wohl unbekannt, mindestens aber unbequem ist. Sie machten keine Anstalten, über die Folgerungen zu sprechen, die aus diesem Votum auch für »ihre« Kriegsgräberstätte zu ziehen sind. »Abgewürgt!«, bilanzierte der Sprecher der Bürgerinitiative, Dieter Winge, am Montag im Gespräch mit *junge Welt* kurz und bündig den Verlauf der Diskussion. Er wollte vor allem die neuerlich durchgedrungene Information zur Sprache bringen, wonach mit dem Fortschreiten der Ausgrabung mittlerweile von weiteren 30 bis 45 vollständigen Skeletten ausgegangen werden könne.



Bislang seien 27 Skelette geborgen worden, betonte die Leiterin der Landesarchäologie Bremen, Uta Halle, im Beirat. Von anderen Zahlen wisse sie nichts. Halle ging schließlich in die Offensive und kritisierte die Veröffentlichung eines Fotos in der *jungen Welt* vom 26. August, auf dem dicht gedrängt verscharfte Gebeine von Sowjetsoldaten auf dem Ausgrabungsgelände zu sehen sind.

Dabei verstieg Halle sich zu der Forderung, die Bürgerinitiative habe ihren Facebook-Beitrag vom selben Tag zu löschen, der den Artikel verlinkt.

Ihr Argument, diese Veröffentlichung verstoße gegen die »Museumsstandards« des Deutschen Museumsbundes – eine Art Verhaltenskodex auf Verbandsebene, unverbindlich und mehrfach überarbeitet als Selbsthilfe in Zeiten der Restitutionsdebatte –, verwundert. Dieser gilt explizit nicht für »sakrale Räume und Totengedenkstätten wie Kirchen, Kapellen und Gruften« richten. Aus Sicht des Völkerrechtlers Marauhn erfordere die Schwere, das Ausmaß und die Bedeutung der sich hier dokumentierenden Unmenschlichkeiten sogar die von Halle beanstandete Veröffentlichung. »Der völkerrechtliche Schutz von Kriegsgräbern bedeutet eine über das Erinnern hinausgehende Mahn- und Warnfunktion (...), die in Anbetracht vergangenen Leids künftiges Leid verhindern soll«, heißt es in Marauhns Working Paper. Insbesondere der Auftrag, die Wiederholung solchen Denkens und solcher Taten zu verhindern, fordert demnach geradezu, eindrucksvolle Bilder wie das beanstandete zu nutzen und zugänglich zu machen.

Es würde vermutlich zu weit gehen, den Rückgriff der Archäologin auf museale Standards als Zeichen zu werten, dass auch sie begonnen hat, eine Gedenkstätte für angemessen zu halten. Ihre Bereitschaft, nunmehr auch Anzeichen denkbarer »Exekutionen« zu prüfen, und der zuvor nicht gebräuchliche Begriff »Massengräber« könnten immerhin signalisieren, dass die Landesarchäologin den Dialog mit der Bürgerinitiative konstruktiver fortzusetzen gedenkt als bisher. Es wird als nächstes auch darum gehen, die bisher unergiebigsten Diskussionen in ein externes Gremium zu verlegen, dessen Besetzung und Befugnisse noch zu regeln sein werden.